

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung in den Reichshauptstellen und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Bahn 2,30 RM. bei Vorbestellung 2 RM. monatlich. Abgabe nach Reichshauptstellen und Reichshauptstellen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. pro Woche. Einzelhefte 2 Pf. pro Heft. Die Reichshauptstellen sind in den Reichshauptstellen. Die Reichshauptstellen sind in den Reichshauptstellen. Die Reichshauptstellen sind in den Reichshauptstellen.

Verkaufspreis: Die 8 seipaltene Raumzahl 20 Rfg., die 4 seipaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rfg. p. l. Die 8 seipaltene Raumzahl 20 Rfg., die 4 seipaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rfg. p. l. Die 8 seipaltene Raumzahl 20 Rfg., die 4 seipaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rfg. p. l.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weizsä, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

№ 166 — 47. Jahrgang — Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff, Dresden — Volkszeit.: Dresden 2640 — Mittwoch, den 18. Juli 1928

Deutsch-rumänischer Güteraustausch.

Außerungen eines rumänischen Wirtschaftsführers. Der rumänische Gesandte in Berlin hat Auftrag erhalten, die Besprechungen mit der Reichsregierung zur Regelung der künftigen Wirtschaftsverhältnisse zwischen Rumänien und Deutschland wieder aufzunehmen. Der hervorragende rumänische Wirtschaftspolitiker Nikolaus Popescu äußerte sich bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin folgendermaßen zu den Verhandlungen.

Verhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien sind schon seit dem Jahre 1923 mit dem Ziel eines Ausgleichs auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet, aber bisher leider ohne befriedigenden Erfolg, im Gange. Wir bedauern das lebhaft, denn vor dem Krieg hatten die beiden gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zwischen Deutschland und Rumänien, die sich aus der Natur und der geographischen Lage der beiden Länder ergeben, zu ausgedehnten und erfreulicherweise auch recht innigen Wirtschaftsbeziehungen geführt. Man sollte sich heute daran erinnern, daß Rumänien im Jahre 1913 deutsche Waren im Werte von ungefähr 193 Millionen Mark einführte, was nach der amtlichen Statistik über 40 Prozent vom Werte der Gesamteinfuhr gleichkommt. Deutschland hat nach seiner Statistik im Jahre 1913 rumänische Produkte im Werte von 47,4 Millionen Mark eingeführt. Schon diese beiden Zahlen zeigen selbst dem Laien, wie erfolgreich der Güteraustausch zwischen beiden Volkswirtschaften war; sie lassen es aber gleichzeitig auch für den Wirtschaftler auf beiden Seiten ganz besonders schmerzhaft empfinden, daß durch die Politik, durch den unseitigen Krieg diesen engen und guten Beziehungen, die in so reger Weise zwischen Deutschland und Rumänien bestanden haben, ein so plötzliches und radikales Ende bereitet worden ist. Ich freue mich darum, daß die Vorverhandlungen, die zwischen den Vertretern beider Staaten in Berlin geführt worden sind, auf rumänischer Seite nicht — wie es früher leider gewesen ist — von reinen Politikern vorgenommen wurden. Wenn diese Verhandlungen dennoch nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, so ist das meiner Ansicht nach darauf zurückzuführen, daß die rumänischen Delegierten in zu hoher Nähe mit politischen Aufträgen beauftragt worden sind, die trotz der persönlichen wirtschaftlichen Einstellung der beiden ausgezeichneten Vertreter sich doch immer wieder beim Zustandekommen einer wirtschaftlichen Einigung hemmend in den Weg legten.

Die rumänische Regierung hatte infolge der deutschen Getreidekäufe in den Jahren 1914 bis 1916 bei der Reichsbank ein Girokonto von 329 Millionen Papiermark. Diese Summe ist in der deutschen Inflation, wie alles auf Papiermark lautende Geld, vollkommen entwertet worden. Außerdem besaß Rumänien zur gleichen Zeit bei der Reichsbank ein Gelddepot in Höhe von 62 Millionen Mark in Gold. Hier von wurden der rumänischen Regierung im Februar 1923 fünfzig Millionen von der Reichsregierung zurückerstattet, 12 Millionen jedoch einbehalten, weil sie nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg von dem Zwangsverwalter an die seinerzeitige Zentraleinfuhr-Gesellschaft (ZEG) gezahlt worden waren. Ferner hat Rumänien für rund 750 Millionen Goldleib Vieh, Getreide und sonstige Naturalien vor Inkrafttreten des Bukarester Friedens an die Mittelmächte geliefert und schließlich wurden von der Befehlshaberarmee im Jahre 1917 die sogenannten Banca-Generala-Noten ausgegeben, von denen noch nach Kriegsende ungefähr 1 1/2 Milliarden Lei im Umlauf waren. Die Wirtschaftslage des rumänischen Staates macht es notwendig, für diese insgesamt 2,629 Milliarden eine angemessene Entschädigung vom Deutschen Reich zu fordern. Unsere Politiker jedenfalls glauben, von dieser Forderung nicht abgehen zu dürfen. Ja als Wirtschaftler will ich mich nicht weigern, zuzugeben, daß sich doch nicht alle rumänischen Forderungen rechtlich aufrechterhalten lassen, und ich möchte mich dabei nicht zuletzt auf das Urteil des Auslegungsgerichts vom 24. März 1926 berufen, das klar und deutlich dahin lautet, daß Leistungsverpflichtungen außerhalb der Dawes-Annutitäten nicht anerkannt werden können. Die Politiker sollten darum nicht so sehr an den nach ihrer Überzeugung unumgänglichen Forderungen festhalten, sondern mehr und frei von all diesen komplizierten Bindungen und Wirtschaftler zu Worte kommen lassen. Ich glaube, die Deutschen und die rumänischen Wirtschaftler auf beiden Seiten des Verhandlungsstisches würden bald die alten und guten Beziehungen wiederherstellen können, die sie vor dem Kriege miteinander verbunden und die beide Volkswirtschaften wieder nötig haben.

Es kann nicht übersehen werden, daß die Wünsche Deutschlands mehr einen in die Zukunft schauenden, politisch-praktischen Charakter tragen. Hoffen wir, daß es gelingt, alle Streitfragen zu beseitigen und den Weg zu einer deutsch-rumänischen Wirtschaftsgemeinschaft frei zu machen. Der rumänische Wirtschaftler wünscht dies jedenfalls von Herzen. Darum wäre es angebracht der Tatsache, daß so große Interessenkomplexe zwischen beiden Ländern existieren, zu wünschen, daß die beiderseitigen offiziellen Kreise, die berufen sind, alle noch bestehenden Hindernisse zu beseitigen, bei den nächsten beginnenden Hauptverhandlungen eine Politik auf weite Sicht treiben und sich nicht durch momentane Vorteile von dem letzten großen Ziel einer deutsch-rumänischen Interessengemeinschaft ab-

Der neugewählte Präsident von Mexiko ermordet

5 Schüsse auf General Obregon. — Große Aufregung in Mexiko.

New York, 17. Juli. Wie aus Mexiko gemeldet wird, ist General Obregon, der erst vor einigen Wochen zum Präsidenten gewählt wurde, ermordet worden. Der Attentäter, der fünf Schüsse auf Obregon abgegeben haben soll, ist bereits verhaftet worden. Präsident Calles hat sich sofort nach Erhalt der Nachricht an den Tatort begeben. Eine ergänzende Meldung über das Attentat heißt, daß Obregon während eines zu Ehren des Generals von den politischen Führern der San-Angeles-Partei veranstalteten Festens im Restaurant „Bombilla“ erschossen wurde. Die Schüsse wurden in kurzer Entfernung auf ihn abgefeuert, der Tod trat auf der Stelle ein.

Der Körper Obregons wurde sofort nach der Tat verhaftet und ins Gefängnis gebracht. Ueber die Einzelheiten des Attentats herrscht noch keine Klarheit. Obregons Leiche wurde anschließend heimlich nach seiner Wohnung in der Stadt Mexiko gebracht, wo sich nachmittags eine große Menschenmenge ansammelte. Polizei und Soldaten sperren die Strohen in der Umgebung des Wohnhauses ab. Niemanden wird der Zutritt gestattet, nicht einmal Beamten. In einigen Kreisen wird angenommen, daß Präsident Calles infolge der Ermordung seines Nachfolgers noch eine weitere Amtsperiode hindurch im Amte verbleiben werde.

Die merkwürdige Haltung Nobiles.

Stockholm, 17. Juli. Der Führer der schwedischen Hilfs-Expedition, Tornberg, hat dem schwedischen Kriegsministerium am Dienstag aus Espigbergen einen neuen Bericht zugehen lassen. Darin heißt es, der Führer des Eisbrechers Krassin habe Nobile vorgeschlagen, die Flugzeugerundungen nach der vermissten Ballongruppe fortzusetzen. Der Krassin sollte indessen in Espigbergen bleiben, darauf sei jedoch ein Befehl der italienischen Regierung gekommen, die Erkundungsfähige einzustellen. Der Eisbrecher Krassin werde nun, nachdem er das russische Flugzeug bei Kap Brede an Bord genommen hat, nach der Adwents-Bay abgehen. Die schwedische Rettungs-Expedition könne ohne die Hilfe des Eisbrechers keine Erkundungsfähige ausführen. Die schwedische Flugzeughülle scheint jetzt entbehrlich zu sein, nachdem nunmehr zwei große italienische Wasserflugzeuge in Espigbergen angekommen sind. Eigentlich sei es, daß Nobile ihn von den Verhandlungen zwischen den Führern des russischen Eisbrechers und der italienischen Regierung nicht benachrichtigt habe.

Der gerettete Tschuchnowski berichtet.

Die Leiden der „Italia“-Schiffbrüchigen. Der Kommandant des Eisbrechers „Krassin“, Samoilowitsch, sieht sich gezwungen, die Suche nach Aundfisen und nach der Alessandri-Gruppe vorläufig aufzugeben und nach der Advent-Bay zu gehen, um die geretteten Italiener abzuliefern. Nobile hatte den Wunsch ausgesprochen, daß der „Krassin“ die Malmgren-Gruppe und die Viglieri-Gruppe möglichst bald der „Citta di Milano“ übergebe. Der gerettete Tschuchnowski erlaubte kurz nach seinem Eintreffen an Bord des „Krassin“ dem Expeditionsleiter einen Bericht. Danach hat er während seines Aufenthaltes auf dem Packeis nach Malmgrens Leiche gesucht, diese jedoch nicht gefunden. Nach den Ortbeschreibung Zappis sei die Leiche nicht aufzufinden. In der ganzen Gegend habe man keine Spuren von Menschen wahrgenommen. Es wird daher angenommen, daß die Leiche Malmgrens auf einer Eishölle in unbestimmter Richtung abgetrieben worden ist.

Der tschechoslowakische Gelehrte Dr. Behounek teilte dem Korrespondenten der „Jowetija“ mit, Malmgren habe ihn kurz vor dem Abbruch der „Italia“ auf die Mißstände in der Leitung des Luftschiffes aufmerksam gemacht. Die Ursache der Katastrophe liege in dem Wunsch des Führers der Expedition, unter Umgehung in dem Gebiet südlich vom Nordpol nachforschungen anstellen wollte zu einer Zeit, wo das Luftschiff gegen die Stürme nicht aufkommen konnte und daher hilflos getrieben wurde.

Schreckliches wird der römischen „Tribuna“ über die Leiden der „Italia“-Mannschaft berichtet. Als die Mitglieder der Robile-Gruppe einen von Malmgren geleiteten Bären ausweideten, fanden sie in dessen Magen Zeitungspapier und Stoffstücke und waren erstaunt, als sie feststellten, daß das Papier mit italienischer Schrift bedruckt war. Die Art des Stoffes war kaum noch erkennbar, aber man glaubt, daß es sich um Fetzen der Luftschiffhülle, die beim Ausstoß der „Italia“ auf den Boden sich losgelöst hatten, handelte. Lundborg erzählte: „Da es uns an Brennmaterial mangelte, brachten wir das Fleisch mit Hilfe eines Petroleumofens, aber das Petroleum war auch bald verbraucht. Viglieri sagte mir, daß die Tage unmittelbar nach dem Abbruch über die Verunglückten fürchterliche Leiden gebracht haben. Da uns schließlich keinerlei brennbares Material zur Verfügung stand, mußte Robile seinen Photographenapparat und sogar seinen Rod zum Verbrennen hergeben.“

Was geht an Bord der Citta di Milano vor?

Oslo, 17. Juli. Wie aus Espigbergen gemeldet wird, hat die „Citta di Milano“ den Befehl erhalten, die Geretteten der Italia-Mannschaft an Bord zu nehmen, um sie von Kingsbay nach Norwoll (Norwegen) zu bringen. Nobile soll sich, obwohl sich sein Zustand in letzter Zeit stetig gebessert hat, noch nicht außerhalb seiner Kajüte gezeigt haben. Ueber ganz Espigbergen herrscht schlechtes Wetter. Ein aus Kingsbay hier eingetretener Pressevertreter berichtet, daß die Stimmung an Bord der „Citta di Milano“ außerordentlich schlecht sei. Die Mannschaft soll den Kommandanten aufgefordert haben, den italienischen Geiseln von Bord zu entfernen, da er ihrer Meinung nach Schuld an dem unglücklichen Ausgang der Expedition habe.

Professor Frithjof Nansen hat sich einem Mitarbeiter der „Nieuwposten“ gegenüber dahin geäußert, daß die vom Polarforscher Peter Freuchen angeregte Einsetzung eines Schieds- oder Ehrengerichtes kaum in Frage kommen dürfte. Allerdings bedürften einige wichtige Punkte in Bezug auf das Schicksal der Italia-Expedition einer eingehenden Klärung.

Zensur auf der Citta di Milano.

Stockholm, 17. Juli. Zwei deutsche Filmoperateure, Robert Hartmann und Georg Schubert, die seit dem 15. Mai in Espigbergen waren, sind jetzt nach Stockholm zurückgekehrt. Sie klagten ebenso wie die Pressevertreter über schlechte Behandlung von Seiten der Italiener. Dagegen sprachen sie sich über das Verhalten der schwedischen Hilfs-Expedition sehr lobend aus. Einem Vertreter des Blattes „Doppligt Allshonda“ gegenüber äußerten sie, daß Nobile ausführliche Berichte einer strengen Zensur durch den Kapitän der „Citta di Milano“ Romagna und der Behörden in Rom unterworfen waren. Der Berichterstatter habe man jede Nachricht vorenthalten, die nicht vorher in Rom durchgegangen worden sei. Hieran dürfe mit Nobile sprechen. Nobile lebe auf dem Schiff völlig abgeschlossen, wie in einem Gefängnis. Die schwedische Hilfs-Expedition arbeite Tag und Nacht. Sie habe den Berichterstattern und Filmleuten größtes Entgegenkommen bewiesen.

bringen lassen. Es ist meines Erachtens nach selbstverständlich, daß die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern von der Form und dem Inhalt der Gestaltung der wirtschaftlichen Abereinkommen in hohem Maße abhängig sind. Das innige Anknüpfen greifen von Politik und Wirtschaft ist eine allgemein bekannte Tatsache. In dieser Hinsicht ist es gewiß nicht schwer, Schlüsse zu ziehen auf die aus einer wirtschaftlichen Einigung resultierende politische Konstellation im Verkehr Deutschlands und Rumäniens.“

Reichsstädtebund über Reichsreform.

Die Aufgaben der Gemeinden. Der Reichsstädtebund veröffentlichte in seiner Eigenschaft als kommunale Spitzenorganisation eine Denkschrift, in der er sich, von der heutigen Notlage der Selbstverwaltung ausgehend, gegen die einseitig zentralistischen Absichten bei der künftigen Regelung der Umgebungs- und der Landfreisfrage wendet und seine Stellung zum Problem des Großkreises eingehend darlegt. Selbständig müßten durch die Kommunen alle ortsgelundenen Verwaltungsaufgaben im Rahmen des übergeordneten Staatswesens geregelt, also dezentralisiert werden. Dem

würden die neuen Pläne zur Kommunalreform nicht gerecht, weil durch sie eine Auffassung der kleineren örtlichen Selbstverwaltung durch Großgemeinden und Kreise herbeigeführt wird. Zentralisierung sei auch Eingemeindung für die Großstadt.

„Das Verbundenheitsgefühl mit Natur, Umwelt und Mitmenschen, das lebendiger Gemeinschaft erst ihre Bedeutung verleiht,“ heißt es in der Denkschrift, „geht in den Steinmauern einer über viele tausend Quadratmeter ausgebreiteten Großstadt verloren; es zerstört das Heimatgefühl, die Intenstität der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Verwaltung läßt nach.“

Klein- und Mittelstädte.

Die Bedürfnisse, Organisation und Finanzverwaltung sind in der Großgemeinde nur von der sachverständigen Bürokratie zu übersehen. In der Klein- und Mittelstadt betrachtet der Bürger die Stadt und ihre Verwaltung als ureigenste Angelegenheit, in der Großstadt hingegen wird die Stadtverwaltung nur als „Obriegkeit“ empfunden, von der Selbstverwaltung bleibt nur die äußere Form, nicht mehr der Inhalt im Sinne Steins. Diese innere Abkehr von der Steinschen Grundidee ist besonders gefährlich für den demokratischen Staat, so wird ausgedrückt, „der wie keine andere Staatsreform beste